

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد  
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم  
از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپائی

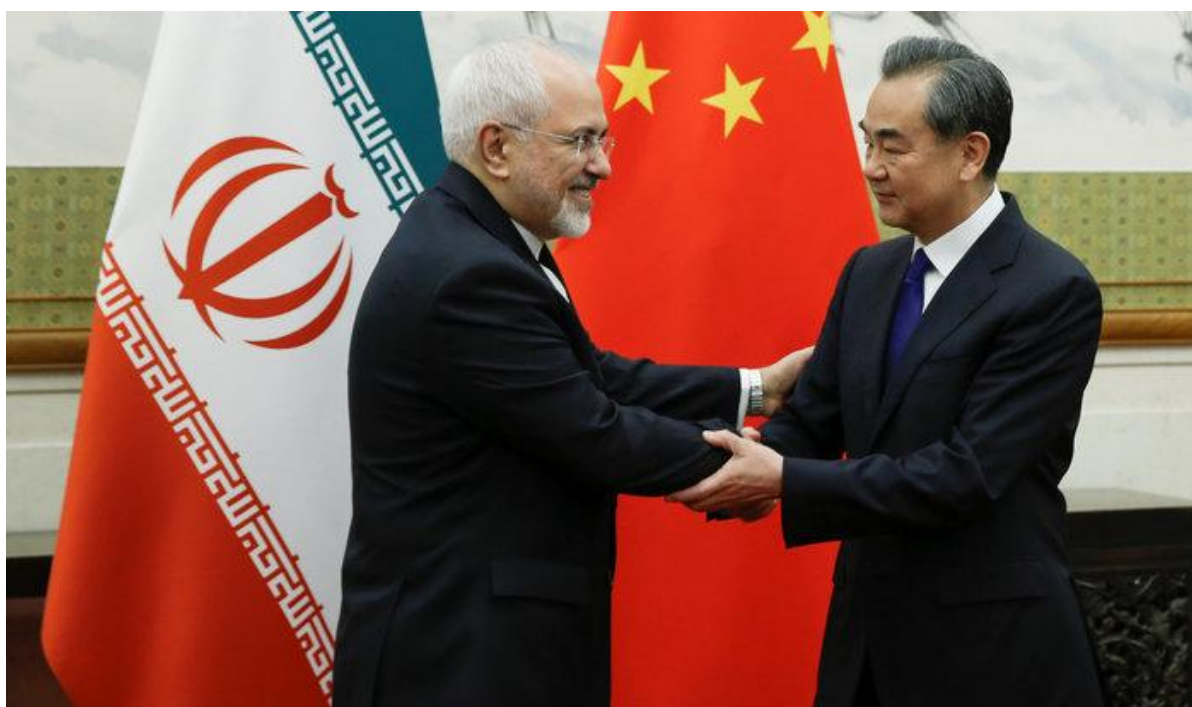
Ausgabe vom 17.05.2018

Von Simon Zeise

18.05.2018

## US-Sanktionen umgehen [EU, China und Russland]

*EU, China und Russland verhandeln über Geschäftsbeziehungen mit Iran. Brüssel bringt »Blocking Statute« ins Spiel. Berlin reagiert verhalten*



**China sieht Iran als »wichtigen Partner«. Außenminister Wang Yi empfängt Amtskollegen Mohammed Sarif (Beijing, 13. Mai)**

Foto: Thomas Peter/REUTERS

Iran, Iran, Iran: Seit Inkrafttreten des Atomabkommens JCPOA mit Teheran 2015 wurden die Hardliner in Washington nicht müde zu betonen, welche drei geopolitischen Faktoren

sie am meisten stören. Insofern war es nur eine Frage der Zeit, bis die US-Regierung den Ausstieg bekanntgeben würde.

Am 8. Mai verkündete US-Präsident Donald Trump: »Wir werden die höchste Stufe von Wirtschaftssanktionen einführen.« Jedes Land, das Iran bei seinen Bemühungen um Atomwaffen helfe, könne auch mit starken Strafen belegt werden, so Trump. US-Finanzminister Steven Mnuchin kündigte an, es gebe ein Zeitfenster von bis zu 180 Tagen, um Geschäftsleuten ausreichend Zeit zu geben, sich aus dem Iran-Geschäft zurückzuziehen. Seither verhandeln die Staatschefs der EU, Russlands und Chinas über Bedingungen, unter denen der Iran-Handel weiterbetrieben werden kann.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) kritisierte am Mittwoch im Bundestag erneut den Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Atomprogramm. »Deshalb glauben wir, dass es nicht richtig ist, dieses Abkommen jetzt in dieser Situation zu kündigen.« Dies gelte, obwohl die Vereinbarung nicht ideal sei und das iranische Raketenprogramm eine Bedrohung Israels darstelle. Die Bundesregierung glaube aber, dass man besser mit dem Iran über diese Themen sprechen könne, wenn man im Abkommen bleibe.

Wie im Streit um Strafzölle mit den USA ist es auch im Fall der Iran-Sanktionen die EU-Kommission, die große Töne spuckt. Zur Rettung des Atomabkommens sei Brüssel bereit, im Notfall ein Gesetz zur Abwehr von US-amerikanischen Sanktionen zu reaktivieren. »Sollte es notwendig sein, sind wir bereit«, sagte EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos am Mittwoch. Über das »Blocking Statute« könnte es europäischen Unternehmen unter Strafe verboten werden, sich an die US-Sanktionen gegen den Iran zu halten, berichtete *dpa*. Gleichzeitig würde es regeln, dass die europäischen Unternehmen für möglicherweise entstehende Kosten und Verluste entschädigt werden. Das Abwehrgesetz war bereits 1996 im Streit um Sanktionen gegen Kuba, den Iran und Libyen erlassen worden. Es wurde aber noch nicht angewendet, da der Sanktionsstreit damals beigelegt werden konnte. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini erklärte am Dienstag, dem iranischen Außenminister Mohammed Sarif sei zugesagt worden, alles dafür zu tun, um die Handelsbeziehungen und den Kapitalverkehr mit dem Iran trotz der US-amerikanischen Sanktionsdrohungen aufrechtzuerhalten oder sogar auszubauen.

In Berlin scheint man ernsthaften Anstrengungen, den US-Wirtschaftssanktionen etwas entgegenzusetzen, eher abgeneigt. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hatte am Freitag erklärt: »Wir haben juristisch keine Möglichkeit, deutsche Unternehmen gegen Entscheidungen der amerikanischen Regierung zu schützen oder sie davon auszunehmen«, sagte er im *Deutschlandradio*. Eingriffe wie etwa einen staatlichen Fonds zum Ausgleich

möglicher Nachteile für Firmen, die im Iran tätig sind, sehe das deutsche Recht derzeit nicht vor. »Wenn wir grundsätzlich erklären würden, wir gleichen solche Nachteile aus, dann könnte es für viele Länder in der Welt auch ein Anreiz sein, einseitig Maßnahmen und Sanktionen zu verhängen«, sagte Altmaier.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatte am Dienstag mit Russlands Staatschef Wladimir Putin telefoniert. Beide hätten ihre Absicht bekräftigt, das Abkommen zu erhalten, erklärte der Kreml.

China betrachte den Iran als einen wichtigen Partner und wolle die Kooperation beider Länder weiter fördern, sagte Außenminister Wang Yi am Sonntag bei einem Treffen mit Sarif in Beijing. Die chinesische Regierung hatte den Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen bereits vergangene Woche scharf kritisiert. Nach dem Ende der Sanktionen gegen Teheran hatten China und der Iran vor zwei Jahren vereinbart, den wechselseitigen Handel beider Länder in den kommenden zehn Jahren auf 600 Milliarden Dollar (504 Milliarden Euro) mehr als zu verzehnfachen. Für Beijing ist Iran ein wichtiger Bestandteil der Handelsinitiative »Neue Seidenstraße«.